

## **UmbauRuhr 2014**

### **10 Punkte für die Zukunftsfähigkeit des Ruhrgebiets**

Das Ruhrgebiet ist in Nordrhein-Westfalen wichtiger Motor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung.

Das Ruhrgebiet hat ein gutes Stück des Wandels von den Wertschöpfungsstrukturen der tradierten Montanindustrie zu neuen Geschäftsfeldern sowie zahlreichen neuen Wertschöpfungsnetzen sowie Qualifikationsfeldern bereits erfolgreich zurückgelegt. Für den weiteren Sprung zu einer dauerhaft prosperierenden Region mit einer Arbeitslosenquote deutlich unter zehn Prozent spielt der Umbau der Infrastrukturen an der Ruhr eine zentrale Rolle. Wir brauchen eine Dynamisierung der Infrastruktur, um zwei Dinge miteinander zu verbinden: Erstens die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, die im Ruhrgebiet leben und arbeiten und zweitens die Beschleunigung und Sicherung des Wachstums und der Innovation in der Metropole Ruhr. Dafür brauchen wir die Unterstützung des Bundes. Deshalb setzt die RuhrSPD auf die Ankündigung von Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, einen Masterplan Ruhrgebiet auf den Weg zu bringen. Das korrespondiert mit dem 2011 beschlossenen Papier UmbauRuhr. Und weil wir hier nicht stehen bleiben möchten, haben wir unser UmbauRuhr-Papier noch ein wenig weiterentwickelt und präzisiert:

#### **1) Infrastrukturpakt Ruhr**

Das Ruhrgebiet ist eine Region im Wandel. In den 53 Städten an Ruhr und Emscher werden wir älter, weniger undvielfältiger. Die Infrastruktur in den Kommunen ist teilweise veraltet und streckenweise durch falsche Anreizsysteme überdimensioniert. Das führt zu einem enormen Investitionsbedarf in den Kommunen, der kaum gestemmt werden kann. Die geringen vorhandenen Mittel fließen daher nicht in innovative Konzepte und Strukturen, sondern allenfalls in die Absicherung der Mindeststandards. Nicht nur hier brauchen wir einen besseren Finanzierungsrahmen. Gleiches gilt für Straßenbaumaßnahmen. Wir schlagen deshalb der Bundesregierung vor, im Rahmen der Zukunftsinitiative Ruhr für Straßenbauprojekte, die zu einer regionalen Priorität in der Metropole Ruhr erhoben werden, einen Finanzierungsvorrang einzuräumen. Darüber hinaus regen wir die Einrichtung eines infrastrukturellen Innovationsfonds, der Kommunen mit in die Jahre gekommenen Infrastrukturanlagen Hilfestellungen gibt.

## 2) Neue Mobilität

Die Metropole Ruhr soll zur Modellregion für neue Mobilitätsdienstleistungen im Bundesgebiet und Europa werden. Nirgendwo sonst ist die Infrastruktur ein solcher strategischer und auch gesellschaftspolitischer Faktor wie im Ruhrgebiet mit seinen fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Dieser Ballungsraum ist eine nahezu ideale Projektionsfläche für neue Mobilitätskonzepte. Deswegen lautet unsere Forderung an die Bundesregierung: Unterstützt uns bei einer Initiative, übrigens gerne auch gemeinsam mit vergleichbaren Ballungsräumen im Bundesgebiet und auf europäischer Ebene, um Modellregion für innovative, intermodulare und vernetzte Mobilitätskonzepte zu werden.

## 3) Zukunftsfähige Energie- und Verbundwirtschaft

Wir wollen, dass die Metropole Ruhr in einer Zukunftsallianz aus Grundstoffindustrie, Energiewirtschaft, Handwerk, den Technologieführern der erneuerbaren Energien und unseren innovativen mittelständischen Unternehmen zum Vorreiter der Effizienzrevolution wird. Um dem Modellcharakter dieser Zielsetzung Rechnung zu tragen, sollen die erarbeiteten Projekte im Jahr 2022 im Rahmen der Klima-Expo in NRW erlebbar gemacht werden.

Die hervorragende unternehmerische Kompetenz im Bereich der Energieübertragung und -speicherung, im Planen und Bauen von Hochleistungsnetzen in der Stromversorgung muss durch den Aufbau eines Fraunhofer-Instituts für Energiespeicherung und -verteilung (IFE) im Ruhrgebiet weiter gestärkt werden.

Die Ansiedlung und Ausgründung von jungen Technologie- und Service-Unternehmen rund um dieses Fraunhofer-Institut muss im Ruhrgebiet mit einem bundesweiten Sonderprogramm der gewerblichen Förderung von Effizienzinnovationen gezielt unterstützt werden.

Der europaweit einmalige Verbund von Energie- und Wärmegewinnung für Industrie und Haushalte ist durch den Ausbau der Fernwärmeschiene Ruhr weiter zu forcieren. Neben der Erweiterung der Verteilnetze ist auch die Großprojektförderung (Fernwärmeschiene) sowie die Unterstützung von Modernisierungsanstrengungen in Anlagentechnik zur Optimierung der Wärmeauskoppelung vorzusehen. In Verbindung mit dem neuen Fraunhofer-Institut an der Ruhr, ist der Ausbau der Aufnahmefähigkeiten des Fernwärmenetzes von regenerativen Energiequellen technisch und wirtschaftlich weiter zu entwickeln.

## 4) Energiewende konkret

Wir brauchen einen zuverlässigen Fahrplan für die Energiewende, damit Investitionszurückhaltung und Arbeitsplatzabbau bei Energieunternehmen ein rasches Ende finden. Für das Ruhrgebiet geht es um einen kompletten Industriezweig mit direkten Auswirkungen in die energieintensive Industrie und weite Bereiche des produzierenden Gewerbes. Für uns ist zentrale Frage, wie wir die vorhandene Kompetenz auch für die Zukunft nutzbar machen können.

### **5) Forschungsnetzwerk Erneuerbare Energien**

Dabei ist für die Weiterentwicklung der technologischen Basis als auch für die Speicherfähigkeit mit entsprechenden neuen Technologien im Bereich der Pumpspeicherwerke mit Unterstützung des Bundes ein "Forschungsnetzwerk Erneuerbare Energien" im Ruhrgebiet zu etablieren. Nachhaltige Produktionssysteme und Ressourceneffizienz sind nur möglich, wenn die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, die energieintensive Produkte herstellen, gewahrt wird.

### **6) Stadterneuerung innovativ**

Die Urbanisierung wird zum Schlüssel der modernen Gesellschaft. Die „neue Stadt - nachhaltig, sozial und innovativ für die Menschen“, dieses Leitbild wollen wir in unserer Metropole weiter verfolgen. Im Bereich der Wohnungswirtschaft ist zum Einen die energetische Gebäudesanierung im Wohnungsbestand zu forcieren. Andererseits muss auch auf Bundesebene darüber nachgedacht werden, wie die Sozialpflichtigkeit des Wohneigentums künftig besser und wirksamer zur Geltung kommt.

Um das Ausweisen neuer Flächen für die Gewerbe- und Industrieansiedlung effizient zu gestalten, ist die Förderung von regionalen Grundstücksfonds für die Aufbereitung von ungenutzten Brachflächen einzubeziehen.

### **7) Bundesinstitut für Demografie und Region**

Der Demografische Wandel betrifft insbesondere auch die Kommunen im Ruhrgebiet. Das erfordert neue Konzepte für eine älter werdende durch viele verschiedene Kulturen geprägte Gesellschaft. Der Ausbau der Gesundheitswirtschaft ist dabei ein wesentlicher Faktor. Unsere Metropole wird nicht nur kleiner, älter und vielfältiger, sie muss auch gesünder und integrativer werden, um neue Perspektiven zu eröffnen. Gleichzeitig ist das Gesundheitswesen einer unserer großen Beschäftigungsmotoren und die generationengerechte Stadt eine echte Zukunftsvision. Lösungsansätze sind zahlreich vorhanden. Vor diesem Hintergrund macht es aus Sicht der RuhrSPD Sinn, forschende und untersuchende Einrichtungen direkt mit dem Geschehen vor Ort zu verknüpfen. Daher sollte im Ruhrgebiet ein „Bundesinstitut für Demografie und Region“ eingerichtet werden.

### **8) Initiative Sozialer Arbeitsmarkt**

Der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat dazu geführt, dass sich bei uns viel zu viele Menschen dauerhaft ohne Arbeit und Beschäftigung bleiben und damit langfristig auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Eine notwendige Gegenstrategie ist die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes für bestimmte Teilbereiche von Dienstleistungen. Klar ist: Wir wollen damit keine öffentliche subventionierte Konkurrenz für kleine und mittelständische Unternehmen schaffen. Unser Interesse ist es, gemeinsam mit dem Bund und der Bundesagentur für Arbeit Wege zu finden, die langzeitarbeitslosen Menschen neue Perspektiven aufzeigen – und das möglicherweise verknüpft mit gemeinwohlorientierten Tätigkeiten.



### **9) Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten**

Die Kommunen im Ruhrgebiet benötigen eine spürbare finanzielle Entlastung durch den Bund. Als Ansatzpunkt kommt die Eingliederungshilfe in Betracht. Damit es in der laufenden Legislaturperiode zu einer spürbaren Entlastung kommt, muss das Bundesteilhabegesetz spätestens bis 2016 eingeführt werden. Die im Koalitionsvertrag zugesagte Entlastung der Kommunen in Höhe von jährlich fünf Milliarden Euro muss in voller Höhe spätestens 2017 wirksam werden. Gerade die Kommunen mit hohen Sozialkosten sind darauf angewiesen, dass die bis dahin zugesagte Vorabentlastung in Höhe von einer Milliarde Euro durch die Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft erfolgt. Gleichzeitig müssen Bund und Land die Darstellbarkeit dieser Entlastungen in den kommunalen Haushalten sicherstellen. Hierzu bedarf es verbindlicher Absprachen.

Mit Blick auf die Einnahmesituation vieler Kommunen fällt immer häufiger auf, dass insbesondere Unternehmen in Konzernform sukzessive und nachhaltig ihre Gewerbesteuerzahlungen reduzieren. Der Bund wird aufgefordert, für diese Fälle Lösungen zu erarbeiten, damit künftig zumindest ein Teil der vor Ort erwirtschafteten Gewinne auch den Standortgemeinden zugute kommen.

### **10) Solidarpakt weiterentwickeln**

Das Ruhrgebiet wartet auf eine Initiative des Bundes, endlich einen Diskurs über die Weiterentwicklung des Solidarpaktes nach 2019 – am besten auch schon früher – anzustoßen. Die Kommunen an Rhein und Ruhr sind strukturell unterfinanziert. Daran wird auch der Stärkungspakt der NRW-Landesregierung allein nichts ändern. Deshalb fordert die RuhrSPD ein Umdenken und Umsteuern auch auf Bundesebene. Wir müssen gemeinsam Wege finden, wie Investitionen gezielter als bisher den Weg in Regionen finden, die der Unterstützung dringend bedürfen.